

A 5 – „Nach der Wahl ist vor der Wahl“

Antragsteller: OV Kehl

Überweisung an den Landesvorstand

Die Delegierten des Landesparteitages mögen beschließen: Zur Stärkung unserer Partei im ländlichen Raum wünschen wir uns mehr Unterstützung und Präsenz aus den Landes- und Bundesgremien, sowie der Bundestagsabgeordneten, bzw. ihrer MitarbeiterInnen aus den jeweiligen Wahlkreisbüros, bei der politischen Arbeit vor Ort.

Die genannten Gremien und Personen sollen sowohl durch persönliche Auftritte bei öffentlichen, regionalen Veranstaltungen und bei Infoständen unserer Partei für das Publikum wahrnehmbar sein. In medialer Hinsicht sollen die genannten Gremien und Personen gemeinsam mit den Parteigremien vor Ort durch Presserklärungen, Pressegesprächen zu aktuellen, regionalen Themen wie: Streiks, Schikanen durch „Hartz - IV Behörden, Entlassungen in Betrieben, Gentrifizierung & öffentliche Daseinsfürsorge etc. an die Öffentlichkeit gehen, um aufzuzeigen: „Wir sind auch zwischen den Wahlen mit Euch und Euren Belangen solidarisch“.

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Nur alle 4-5 Jahre im ländlichen Bereich Präsenz zu zeigen, genügt nicht, um das Vertrauen in linke Politik bei der Bevölkerung zu gewinnen. Weiter fordern wir, dass der Landesvorstand eine Liste mit Vorschlägen zu Referent*innen für Veranstaltungen, zur politischen Weiterbildung, Einsteigerseminare etc. erstellt und den Kreis- und Ortsvereinen zur Verfügung stellt. Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative des Landesbüros und der Landeskommision „Politische Bildung“ vom 19.Mai 2016, die in diese Richtung geht.

Nach der Wahl ist vor der Wahl -

Kein Kuschelkurs mit den Hartz IV -und Kriegsparteien der CDU ,den Grünen und der SPD. Diese Parteien und natürlich die jahrelange neoliberale Politik der herrschenden CDU und ihrer Unterstützer*innen aus Kapital und Kirche haben erst den Nährboden für den „Aufstieg“ der AfD geschaffen. Wenn wir die Wähler*innen wieder zurückgewinnen wollen, die diesesmal ihr Kreuz bei der AfD machten - geht das nur mit einer klaren, linken Analyse und Kritik an der neoliberalen Politik von Grünen, SPD und CDU.

Zwei Änderungsanträge vom FdS lagen vor.

Konnte nicht behandelt werden, da von den Antragstellern des A 5 niemand da war.

Antragsteller: LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Änderung von: „Kein Kuschelkurs mit den Hartz IV- und Kriegsparteien der CDU, den Grünen und der SPD. Diese Parteien und natürlich die jahrelange neoliberale Politik der herrschenden CDU und ihrer Unterstützer*innen aus Kapital und Kirche haben erst den Nährboden für den „Aufstieg“ der AfD geschaffen“

Zu:

„Von der Kritik zu Hartz IV bis zu den bisherigen völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen der

Bundeswehr müssen wir eine klare und deutliche Kritik über diesen bisherigen Kurs der CDU, SPD und Grünen artikulieren und in der Gesellschaft einnehmen. Gerade die Politik des Sozialabbaus und die falsche Politik gegenüber Griechenland waren es, die zu einem gesellschaftlichen Klima der Abstiegsängste und der Europaverdrossenheit beigetragen haben. Dies hat den Wunsch zu einem Rückzug in den Nationalstaat verstärkt und damit auch der AfD einen Nährboden für ihren europafeindlichen und nationalistischen Protest bereitet“

Antragsteller: LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Änderung von: „Wenn wir die Wähler*innen wieder zurückgewinnen wollen, die dieses Mal ihr Kreuz bei der AfD machten - geht das nur mit einer klaren, linken Analyse und Kritik an der neoliberalen Politik von Grünen, SPD und CDU.“

Zu:

„Wenn wir die Wähler*innen gewinnen wollen geht das nur mit einer klaren linken Kritik an der Politik von Grünen, SPD und CDU.“
